

Thomas Schmid, Frankfurter Rundschau, 22.05.2014

Die Bundesregierung hat recht, wenn sie in ihrem neuen Strategiepapier schreibt: „Afrika ist ein Kontinent im Aufbruch.“ Was das Wirtschaftswachstum betrifft, hat Afrika alle andern Erdteile abgehängt. In dem Teil des Kontinents, der südlich der Sahara liegt und der gemeinhin „Schwarzafrika“ genannt wird, wuchs das Bruttoinlandsprodukt in den meisten Staaten jährlich um fünf bis zehn Prozent. Afrika hat riesige Rohstoffvorkommen. Und der Appetit auf seine Bodenschätze, sein Erdöl, seine Diamanten, sein Kobalt und Bauxit ist gewaltig. Viele afrikanische Staaten haben vom Boom der Rohstoffpreise profitiert. „Afrika ist ein Kontinent der Zukunft und der Chancen“, heißt es im Strategie-Papier. Gewiss. Bloß stellt sich die Frage, ob es diese Chancen wahrnimmt, wahrnehmen kann, wahrnehmen will.

Das neue Afrika-Konzept der Bundesregierung soll künftig frühzeitig helfen, bewaffnete Konflikte zu vermeiden. Nur wenige Stunden bevor das Strategie-Papier im Kabinett verabschiedet wurde, töteten in Nigeria zwei Autobomben 118 Menschen. Und die nigerianische Terrororganisation Boko Haram, was so viel heißt wie „Bücher sind Sünde“, hält noch immer 223 Mädchen fest, die sie vor über einem Monat aus einer Schule verschleppt hat. Auf einem Antiterrorgipfel in Paris vereinbarten die Präsidenten fünf afrikanischer Staaten am Samstag einen Aktionsplan gegen den Terror. Am Dienstag fand ein weiterer Gipfel statt. Diesmal in Oslo. Auf einer Geberkonferenz wurden dem Südsudan zu den bereits zur Verfügung gestellten 536 Millionen Dollar zusätzliche 600 Millionen zugesagt – die Hälfte von dem, was die Uno für nötig hält, um vier Millionen Menschen mit Lebensmitteln, Medikamenten und Unterkünften zu versorgen. Der Krieg hat schon über 10 . 000 Menschen das Leben gekostet. Jetzt droht eine riesige Hungerkatastrophe, weil Millionen

von Bauern nicht aussäen konnten oder geflohen sind.

Zwischen dem Südsudan und Nigeria liegt die Zentralafrikanische Republik, ein zerfallender Staat, wo christliche Milizen trotz der Präsenz von 5.000 Soldaten der Afrikanischen Union und 1.600 französischen Soldaten systematisch die muslimische Bevölkerung vertreiben. Selbst da, wo man meinte, die Europäer hätten für Ruhe gesorgt, meldet sich der Krieg zurück: In Mali eroberte die Tuareg-Guerilla der MNLA am Wochenende in Kidal, der wichtigsten Stadt im Nordosten des Landes, das Gebäude des Provinzgouverneurs und nahm – vorübergehend – 28 Regierungsbeamte als Geiseln.

Vier Länder, vier Katastrophen. Alle weitgehend hausgemacht. Nigeria ist dank riesiger Erdölvorkommen der Staat mit dem höchsten Bruttoinlandsprodukt ganz Afrikas. Aber die meisten Menschen sind arm, weil das Öl vor allem die Klientel schmiert, die die Macht sichert. Im muslimisch geprägten Norden ist es Boko Haram gelungen, ungebildete, frustrierte Männer zu rekrutieren und eine antichristliche Miliz zu formen, die inzwischen auch im benachbarten Kamerun Terror verbreitet und offenbar mit islamistischen Milizen in Mali kooperiert.

Im Südsudan wurde ein Konflikt zwischen dem Präsidenten und seinem früheren Vize, bei dem es um die politische Macht ging, erfolgreich in eine militärische Auseinandersetzung zwischen

verschiedenen Ethnien überführt. Tausende Menschen wurden massakriert, Millionen vertrieben.

In der Zentralafrikanischen Republik, wo vor einem Jahr muslimische Milizen den christlichen Präsidenten aus dem Amt putschten, üben nun die christlichen Milizen grausame Rache. In Mali gelang es den Franzosen im vergangenen Jahr, den zunächst von Tuareg und dann von Islamisten kontrollierten Norden des Landes zurückzuerobern. Aber die Islamisten, die sich aus dem Drogengeschäft - der Transit des südamerikanischen Kokains nach Europa verläuft über Westafrika - und über Lösegelder für die Freilassung entführter Personen finanzieren, haben sich nur in ihre Verstecke in den Weiten der Wüste zurückgezogen.

Zerfallende Staaten erleichtern das kriminelle Geschäft islamistischer Terroristen. Sie produzieren zudem Flüchtlingsströme. Auch Europa hat deshalb ein Interesse an einer Stabilisierung der Sahelzone. Die Länder brauchen Hilfe von außen – humanitäre Hilfe zur Verhinderung von Hungersnöten. Und auch militärische: Nur französischen Soldaten hat die die Bevölkerung Nordmalis ihre Befreiung von der Herrschaft islamistischer Terroristen zu verdanken. In Zentralafrika können ausländische Soldaten ein zweites Ruanda verhindern. Dass sich auch deutsche Soldaten an der Ausbildung der malischen Streitkräfte und an der EU-Militärmission in der Zentralafrikanischen Republik beteiligen, ist deshalb zu begrüßen.

Denn ein Ende von Terror ist die wichtigste Voraussetzung für eine Befriedung der Gesellschaften. Die Aussöhnung der nach Krieg und Massaker verfeindeten ethnischen oder religiösen Gemeinschaften aber kann nicht von außen aufoktroiert werden. Die Lösung muss in diesen Ländern selbst heranwachsen. Sie wird viel Zeit in Anspruch nehmen - eher Jahrzehnte als Jahre.

Copyright: Berliner Zeitung